

Lage befindet wie der andere Ehegatte, also „quasi unterhaltsberechtig“ ist, erscheint es gerechtfertigt, seine Einkünfte gegenüber einem Unterhaltsanspruch des geschiedenen Ehegatten in Anwendung des Gedankens des § 1577 Abs. 2 BGB nur insoweit anzurechnen, als sie nach Abzug der übrigen gegenüber Unterhaltsansprüchen relevanten oben genannten Verbindlichkeiten seinen eigenen „vollen Unterhalt“ im Sinne des § 1578 BGB übersteigen. Der zur Deckung seines Lebensbedarfs angemessene Betrag hat daher hier dem Antragsteller zu verbleiben, so dass ein Unterhaltsanspruch der Antragsgegnerin entfällt.“ (OLG Hamm, FamRZ 1980, 255–256).

Also auch hier: Viel Spaß uns allen!

Eine Familienpsychologin, tätig als Gutachterin, von mir befragt, was sie vom Wechselmodell halte, berichtete, dass die von ihr begutachteten Kinder im Scenotest regelmäßig die Wohnung beider Eltern bauen und ausstatten, wobei sie pingeligst beide Wohnungen mit der gleichen Ausstattung versehen, aber eine weitere Wohnung davor aufbauen. Befragt, wessen Wohnung das denn sei, teilten sie mit: „Ich habe mir eine eigene Wohnung gebaut, Papa hat eine Wohnung, Mama hat eine Wohnung, ich will auch eine Wohnung haben.“ Sie führt das darauf zurück, dass diese Kinder sich ein Nest, ein „Zuhause“ wünschen, weil sie es bisher eben nicht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten die Eltern zur eingehenden Überlegung darüber zwingen, ob sie sich wirklich ernsthafte Gedanken über das Kindeswohl gemacht haben und die Folgen, die diese Regelung – für alle daran Beteiligten – haben wird, bedacht haben. Wir sollten Mandanten, die mit einer derartigen Modelllösung daher kommen, (außer in begründeten Ausnahmefällen), dringend davon ab raten. Schon in unserem eigenen Interesse. Dem Kindeswohl wird dies in der Regel gar nicht entsprechen. Der Prozentsatz von Eltern, die dieses Modell wählen, sollte eher ab- und nicht etwa zunehmen.

Dokumentation

Übersicht über die neuen Unterhaltsleitlinien ab 1. 1. 2002

Ab 1. 1. 2002 gelten die Düsseldorfer Tabelle und die Berliner Tabelle (Euro-Tabellen, FF 2001, 166 f., Heft 5) sowie die Kinderabzugstabelle (FF 2001, 196 f., Heft 6).

Das OLG Köln hat die Leitlinien auf den Stand vom 1. 1. 2002 gebracht.

Die Oberlandesgerichte Bamberg, München und Nürnberg (bisher bayrische Leitlinien) haben sich mit den Oberlandesgerichten Karlsruhe, Stuttgart und Zweibrücken zusammengeschlossen und die süddeutschen Leitlinien erstellt (Stand 1. 1. 2001).

Diese unterhaltsrechtlichen Leitlinien der Familiensenate in Süddeutschland (SüDL.) sind in FamRZ 2001, 1433, Heft 21, abgedruckt.

OLG Schleswig, Stand 1. 7. 2001, FamRZ 2001, 1357.

OLG Bremen, Die Düsseldorfer Tabelle nach Bremer Praxis (Euro) ab 1. 1. 2002, FamRZ 2001, 1278, und Leitlinien des OLG Bremen, Stand 1. 7. 2001, FamRZ 2001, 1278.

Unterhaltsleitlinien OLG Brandenburg, Stand 1. 7. 2001, 1. 1. 2002, FamRZ 2001, 1202.

Unterhaltsleitlinien OLG Frankfurt, Unterhaltsgrundsätze, Stand 1. 7. 2001, FamRZ 2001, 1205.

OLG Hamburg, Stand 1. 7. 2001, FamRZ 2001, 1120.

Kammergericht Berlin, Stand 1. 7. 2001, FamRZ 2001, 1126.

OLG Celle, Stand 1. 7. 2001, FamRZ 2001, 1679.

OLG Dresden, Stand 1. 7. 2001, FamRZ 2001.

OLG Naumburg, Stand 1. 7. 2001, FamRZ 2001, 966 ff.

OLG Oldenburg, Stand 1. 7. 2001, FamRZ 2001, 972 ff.

OLG Thüringen, Stand 1. 1. 2002, FamRZ 2001, 1515.

Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunterhalts*

Stand: 1. 1. 2002

Netto-bemessungsgrundlage in EUR	Zuschlag in % zur Berechnung der Bruttobemessungsgrundlage	Netto-bemessungsgrundlage in EUR	Zuschlag in % zur Berechnung der Bruttobemessungsgrundlage
1– 775	15 %	1591–1630	44 %
776– 805	16 %	1631–1670	45 %
806– 835	17 %	1671–1705	46 %
836– 870	18 %	1706–1745	47 %
871– 895	19 %	1746–1785	48 %
896– 920	20 %	1786–1825	49 %
921– 945	21 %	1826–1860	50 %
946– 975	22 %	1861–1900	51 %
976–1005	23 %	1901–1940	52 %
1006–1025	24 %	1941–1980	53 %
1026–1050	25 %	1981–2015	54 %
1051–1070	26 %	2016–2055	55 %
1071–1085	27 %	2056–2090	56 %
1086–1110	28 %	2091–2130	57 %
1111–1130	29 %	2131–2165	58 %
1131–1155	30 %	2166–2200	59 %
1156–1175	31 %	2201–2240	60 %
1176–1200	32 %	2241–2275	61 %
1201–1230	33 %	2276–2310	62 %
1231–1265	34 %	2311–2345	63 %
1266–1300	35 %	2346–2375	64 %
1301–1335	36 %	2376–2410	65 %
1336–1370	37 %	2411–2445	66 %
1371–1405	38 %	2446–2475	67 %
1406–1440	39 %	2476–2505	68 %
1441–1480	40 %	2506–2540	69 %
1481–1515	41 %	2541–2570	70 %
1516–1555	42 %	2571–2600	71 %
1556–1590	43 %	2601–2615	72 %

* Fortgeführt von Werner Gutdeutsch, Richter am OLG München.

Berechnet unter Berücksichtigung von Beitragssätzen von 19,10 % für die Rentenversicherung und 6,50 % für die Arbeitslosenversicherung und Lohnsteuer der Klasse 1 ohne Kinderfreibeträge mit Solidaritätszuschlag; zur Anwendung vgl. BGH v. 25. 2. 1981 – IVb ZR 543/80, MDR 1981, 830 = FamRZ 1981, 442 [444 f.] = NJW 1981, 1556 [1558 f.]; v. 1. 6. 1983 – IVb ZR 388/81, MDR 1984, 34 = FamRZ 1983, 888 [889 f.] = NJW 1983, 2937 [2938 f.]; s. a. BGH v. 30. 1. 1985 – IVb ZR 70/83, MDR 1985, 562 = FamRZ 1985, 471, [472 f.] = NJW 1985, 1347 [LS].

Kosten in Familiensachen nach dem Gewaltschutzgesetz

BGBI 01, 3513: Eilverfahren

In den Verfahren elterliche Sorge, Umgang, Herausgabe gab es bisher Gebühren nur im Rahmen des § 620 Ziffer 1–3. Die Gebühren entstehen nach § 31 BRAGO, der Wert richtet sich nach § 8 BRAGO (500,00 € Ausgangswert).

Neu hinzugekommen sind Gebühren für Eilverfahren in isolierten elterlichen Sorge-/Umgangs-/Herausgabesachen: Es fallen die Gebühren nach § 118 BRAGO an, der Wert ergibt sich ebenfalls aus § 8 Abs. 3 BRAGO (500,00 € Ausgangswert), § 621 g ZPO.

Auch in isolierten Ehemohnungs-/Hausratssachen fallen Gebühren für die Eilverfahren nunmehr an (Gebühr § 63 BRAGO, Wert § 20 Abs. 2 Satz 2 GKG entsprechend), § 621 g ZPO.

All dies gilt auch dann, wenn es sich um eine einstweilige Anordnung nach § 64 b FGG handelt.

Die Gebührenregelung in Artikel 9 des Gewaltschutzgesetzes ist ziemlich dunkel formuliert („Die Höhe der Gebühren richtet sich nach den für die Hauptsache geltenden Vorschriften“). Das kann aber nur so gemeint sein, dass für die Kinderverfahren § 118 BRAGO und für die Wohnungs- und Hausratsverfahren § 63 BRAGO den Gebührentatbestand enthält. Die Höhe der Gebühr richtet sich ja nicht nach der Hauptsache, sondern nach dem Wert und den Kriterien des § 12 BRAGO.

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht
Dr. Ingrid Groß, Augsburg

Aktueller Basiszinssatz

Der Basiszinssatz nach § 247 Abs. 1 BGB beträgt ab dem 1. 1. 2002 2,57 %. Der Verzugszinssatz des § 288 Abs. 1 Satz 2 BGB beläuft sich daher ab dem 1. 1. 2002 auf **7,57 %**.

Red.

Personalien

Dr. Hahne, neue Vorsitzende Richterin des Familiensenats des BGH



Mit Frau *Dr. Hahne* (54) hat eine Richterin den Vorsitz im Familiensenat übernommen, die seit Jahren mit Familienrecht intensiv beschäftigt ist. Dies zeigt sich einmal an der Richterlaufbahn: Seit 1974 beim LG Mannheim als Proberichterin. 1977 Richterin am AG Mannheim.

1980–1983 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an den BGH/Familiensenat abgeordnet (damals 4 b Senat).

1984 Richterin am LG Karlsruhe, zeitweise an das Bundesjustizministerium in Bonn abgeordnet.

Oktober 1987 Richterin am OLG Karlsruhe. Dort war sie bereits in einem Familiensenat tätig.

Seit Januar 1992 gehört sie dem Familiensenat des BGH an. Seit 1999 stellvertretende Vorsitzende dieses Senats.

Seit 13. 11. 2001 ist sie Vorsitzende des Familiensenats, der daneben auch das gewerbliche Miet- und Pachtrecht bearbeitet.

Für den Außenstehenden wird die Beschäftigung mit Familienrecht noch deutlicher in ihren Veröffentlichungen.

In den renommierten Büchern von *Schwab*, Handbuch des Scheidungsrechts, 4. Aufl. 2000, und *Johannsen/Henrich*, Eherecht, 3. Aufl. 1998, bearbeitet sie jeweils das Kapitel Versorgungsausgleich.

Auch in ihren Beiträgen in Fachzeitschriften beschäftigte sich Frau *Hahne* mit Fragen des Versorgungsausgleichs und dann natürlich auch mit Unterhaltsproblemen:

- Die Bewertung von Invaliditätsrenten beim Wertausgleich, FamRZ 1982, 561 (zusammen mit *Glockner*).
- Probleme der Abänderungsklage in Unterhaltssachen nach der Rechtsprechung des BGH, FamRZ 1983, 1189 ff.
- Das Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich, FamRZ 1983, 221 ff.
- Zur Auslegung der §§ 1578 Abs. 1 Satz 2 und 3 und 1573 Abs. 5 BGB in der Fassung des Regierungsentwurfs für das Unterhaltsänderungsgesetz, FamRZ 1985, 113 ff.

- Und zu demselben Thema in der Fassung des Unterhaltsänderungsgesetzes vom 20. 2. 1986, FamRZ 1986, 305 ff.
- Die Abänderung rechtskräftiger Versorgungsausgleichsentscheidungen gem. § 10 VAHRG n. F., FamRZ 1987, 217 ff.
- Die Abänderung von Altfällen, FamRZ 1997, 429 ff.
- Gesetz zur Überleitung des Versorgungsausgleichs auf das Beitrittsgebiet VAÜG, FamRZ 1991, 1392 ff.

Den Vortrag von Frau *Dr. Hahne* „Neue Entwicklungen im Familienrecht nach der Rechtsprechung des BGH“ auf dem 50. Deutschen Anwaltstag im Mai 1999 in Bonn konnten wir im Forum veröffentlichten (FF 1999, 66 f., Kurzfassung, und FF 1999, 99 f.).

Frau *Dr. Hahne* ist in den letzten Jahren in vielen Fortbildungsveranstaltungen als Dozentin mit Anwälten zusammengetroffen. Zuletzt war dies in einer gut besuchten Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Familien- und Erbrecht in Frankfurt möglich, wo die neue Rechtsprechung des BGH nach dem 13. 6. 2001 erörtert wurde.

Frau *Dr. Hahne* ist Mitherausgeberin der FamRZ und seit Juni 1999 Vorsitzende der wissenschaftlichen Vereinigung für Familienrecht, als Nachfolgerin von Prof. *Schwab*, Regensburg.

Für die Anwaltschaft ist wichtig, dass mit der neuen Vorsitzenden eine Richterin an die Spitze des Familiensenats getreten ist, die die Fragen der Anwälte in familienrechtlichen Problemfällen ausgiebig erörtern will.

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht,
Klaus Schnitzler, Euskirchen

Vorsitzende der Familiensenate in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen gibt es drei Oberlandesgerichte, in Hamm, Düsseldorf und Köln. Nach zwei Jahren sind 9 neue Vorsitzende bestellt, und zwar in 29 Familiensenaten (vgl. FF 2000, 25).

Oberlandesgericht Hamm

Gerichtseingesessene = 9.052.302

OLG Hamm, Heßeler Straße 53, 59065 Hamm

Postfach 21 03, 59061 Hamm

Telefon: 0 23 81/2 72-0, Fax: 0 23 81/2 72-5 18

Am OLG Hamm sind 13 Senate für Familiensachen eingerichtet.

	Geburtsdatum
1. Senat: VRiOLG Dr. Schneider	7. 3. 1940
2. Senat: VRiOLG Völker	27. 4. 1946
3. Senat: VRiOLG Dunschen	12. 8. 1940
4. Senat: VRiOLG Rethemeier	9. 7. 1947
5. Senat: VRiOLG Brumberg	15. 2. 1947
6. Senat: VRiOLG Kramer	9. 4. 1939
7. Senat: VRiOLG Dr. Womelsdorf	7. 8. 1948
8. Senat: VRiOLG Rogner	22. 6. 1943
9. Senat: VRiOLG Leibold	18. 1. 1945
10. Senat: VRiOLG Brandes	30. 3. 1953
11. Senat: VRiOLG Dr. Züllighoven	3. 4. 1937
12. Senat: VRiOLG Holzhauser	6. 8. 1938
13. Senat: VRiOLG Schlüter	12. 3. 1938

Oberlandesgericht Düsseldorf

Gerichtseingesessene = 4.786.149

OLG Düsseldorf, Cecilienallee 3, 49474 Düsseldorf

Postfach 30 02 10, 40402 Düsseldorf

Telefon: 02 11/49 70-0, Fax: 02 11/49 71-5 48